10. Jahreshauptversammlung des Aktionskreises Wohnen und Leben

Nach seiner Gründungsversammlung am 23. März 2006 konnte der Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen e.V. in diesem Jahr, am 16. März, seine 10. Jahreshauptversammlung durchführen. In seinem Jahres-Aktivitätenbericht zog der Vorsitzende Karlheinz Röcher auch eine Bilanz der Vereinsarbeit der zurückliegenden zehn Jahre, die geprägt waren vom Engagement gegen den Bergbau unter bewohntem Gebiet und dessen Zumutungen für die betroffenen Bürger (u.a. jahrelange Erschütterungen, Bergschäden an den Häusern und der öffentlichen Infrastruktur, immer weitere Ewigkeitslasten oder Einleitung von kontaminiertem Grubenwasser in die Lippe). „Ergänzend dazu hat der Verein auch immer einzelne Bergbaubetroffene bei den Regulierungsverhandlungen mit der RAG unterstützt – bis hin zur Vertretung in Verfahren vor der Schlichtungsstelle Bergschaden in NRW beim RVR in Essen. Dieses mit gutem Ergebnis für die Betroffenen“, wie Röcher sagt.

Da der Verein sich von Beginn an für Alternativen zu Kohle und Atom ausgesprochen hat, wurde auch dieser Teil des Vereins-Engagements dargestellt. „Für den Aktionskreis bleibt als Fazit, dass Politik und Verwaltung in Bergkamen bislang nicht erkennbar eine weitgehend dezentrale Energieversorgung auf der Basis der Erneuerbaren Energien (Sonne, Wind, Biogas) wollen bzw. anstreben“, so Röcher. Kein Verständnis gebe es insbesondere für deren scheinbare Blockade der möglichen Nutzung der Bergehalde „Großes Holz“, die diese quasi zur „Tabuzone“ erklärt habe.

Bei den Vorstandswahlen blieb alles beim Alten: Karlheinz Röcher wurde in seine sechste Amtszeit als Vorsitzender gewählt und Sabine Bieder steht weiterhin als Kassenwartin zur

Verfügung. Dem Vorstand gehören insgesamt zehn Rünther Bürger an.

Beim Tagesordnungspunkt „Aussprache“ ergab sich laut Verein eine anregende Diskussion zu der in die Öffentlichkeit getragenen Überlegung der Bergkamener Verwaltung, ein interkommunales Gewerbegebiet (zusammen mit der Stadt Hamm) in Rünthe-Ost (u.a. im Bereich des Hofes Schulze Elberg) ausweisen zu wollen. „Der Aktionskreis vertritt bei solchen Vorhaben grundsätzlich die Position, den Flächenverbrauch restriktiv zu handhaben und damit erst einmal bereits belastetes Gelände, z.B. verlassene Industriestandorte – möglicherweise auch in Nachbarstädten des Kreises, dafür vorzusehen statt Felder und Wiesen in ‚Versiegelungswüsten‘ mit oft zweifelhaften Arbeitsplatzgewinn-Aussichten zu verwandeln. Mit Erstaunen wurde auch registriert, dass sich zu diesem Thema bislang weder die Opposition im Stadtrat noch die Rünther SPD-Ratsvertreter öffentlich geäußert haben“, so Röcher.